

Medien-Information

Donnerstag, 27. August 2015

Bildungsministerin Britta Ernst wünscht einen guten Start ins neue Schuljahr und bilanziert das erste Amtsjahr: „Viel erreicht und noch viel vor“

KIEL. „Am kommenden Montag beginnt das neue Schuljahr. Ich wünsche den Erstklässlerinnen und Erstklässlern sowie allen Schülerinnen und Schülern, den Eltern, Lehrkräften und multiprofessionellen Teams ein gutes Schuljahr mit dem individuell bestmöglichen Erfolg“, sagte heute (27. August) Bildungsministerin Britta Ernst auf einer Pressekonferenz zum Schuljahresauftakt, bei der sie auch Bilanz nach ihrem ersten Jahr zog.

Das neue Schuljahr: Zahlen, Daten und Fakten

An den Grundschulen des Landes werden in der kommenden Woche rund 23.800 Mädchen und Jungen eingeschult. Damit steigt diese Zahl im Vergleich zum Vorjahr um knapp 600; die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an Schleswig-Holsteins Schulen wird voraussichtlich um rund 1.700 sinken. Während im Vorjahr noch rund 380.400 Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen im Land besuchten, werden im Schuljahr 2015/16 nur noch rund 378.700 erwartet. Damit setzt sich der Trend abnehmender Schülerzahlen auch im neuen Schuljahr fort.

Insgesamt werden im neuen Schuljahr etwa 286.400 Kinder die allgemein bildenden Schulen besuchen. Im Vorjahr waren es noch rund 289.100, somit ist ein Rückgang von nahezu 2.700 (0,9 Prozent) zu verzeichnen. An den Grundschulen steigt die Zahl der Kinder im Schuljahr 2015/16 u. a. durch den hohen Zulauf an Flüchtlingskindern um rund 1,4 Prozent auf rund 97.700 (96.400 im Vorjahr). Dieses macht sich ebenso an den anderen Schularten bemerkbar, vor allem an den Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe.

Bei den weiterführenden Schulen ergibt sich folgendes Bild:

- Etwa 12.900 Schülerinnen und Schüler besuchen Regionalschulen (17.600 im Vorjahr), die im Schuljahr 2018/19 endgültig auslaufen.
- An den Gemeinschaftsschulen werden rund 86.600 Schülerinnen und Schüler unterrichtet (83.200 im Vorjahr).
- An den Gymnasien des Landes werden Schülerzahlen von insgesamt etwa 83.800 erwartet (84.400 im Vorjahr).

- Durch das Auslaufen von Hauptschulen und Realschulen reduziert sich die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr um weitere rund 1.800.
- Die Schülerzahl an den Förderzentren liegt bei rund 5.000, im Vorjahr waren es 5.400 Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig steige die Zahl der jungen Menschen, die inklusiv in den allgemein bildenden Schulen unterrichtet werden, von im abgelaufenen Schuljahr 11.200 (67,6 Prozent) auf wahrscheinlich rund 12.200 (70,9 Prozent) weiter an.

Die berufsbildenden Schulen verzeichnen einen Anstieg der Schülerzahlen um rund 1.000 von 91.300 im Schuljahr 2014/15 auf gut 92.300 (plus 1,0 Prozent). Dies ist u. a. auf eine erhöhte Zahl von Abgängern aus den allgemein bildenden Schulen zurück zu führen und auf die steigenden Zuwanderungszahlen.

Zum 1. August wurden 426 Bewerberinnen und Bewerber zur Ausbildung in die schulischen Vorbereitungsdienste eingestellt. Für die Schulen lagen 1.183 Bewerbungen vor, davon 429 aus Schleswig-Holstein. Die Einstellungen verteilen sich folgendermaßen auf die Schularten: Grund- und Gemeinschaftsschulen 90, Sonderpädagogik 42, Gemeinschaftsschulen 81, Gymnasien 141 sowie berufsbildende Schulen 72. Insgesamt werden 1397 Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst unterrichten.

Zum letzten Mal wurden Lehrkräfte, die kombiniert an Grund- und Gemeinschaftsschulen ausgebildet werden, eingestellt. Zum nächsten Einstellungstermin wird erstmalig die Ausbildung im Lehramt an Grundschulen (Universität Flensburg) aufgenommen.

Mehr Lehrkräfte, bessere Unterrichtsversorgung

„Diese Landesregierung verbessert die Unterrichtsversorgung Jahr für Jahr“, bilanzierte die Bildungsministerin. Schon im Schuljahr 2014/15 habe man 228 Lehrkräftestellen geschaffen, in diesem Schuljahr folgten 440 weitere und bis zum Jahr 2017 schaffe die Landesregierung 728 neue Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer aus BAföG-Mitteln sowie 240 weitere, um die Verbesserung der Unterrichtsversorgung auch vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen zu erreichen. Damit komme heute nicht mehr eine Lehrkraft auf 17,5 Schülerinnen und Schüler, das Verhältnis habe sich vielmehr auf 16,8 Schülerinnen und Schüler verbessert.

Im Jahr 2014 habe die Landesregierung 49 Millionen Euro zusätzlich in die Schulen investiert, davon 36,4 Millionen aus eingesparten BAföG-Mitteln, die der Bund übernommen habe. Damit habe sie die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Unterrichtsversorgung stetig weiter zu verbessern. Im neuen Schuljahr gibt es insgesamt 22.531 Lehrkräfte-Planstellen.

Bilanz nach einem Jahr Amtszeit

„Wir haben gemeinsam viel erreicht und ich habe noch viel vor“, sagte Ernst und hob ihre Schwerpunkte Unterrichtsqualität, Lernen in der digitalen Gesellschaft, Inklusion und Übergang von der Schule in den Beruf hervor. Sie werde wie im ersten Amtsjahr im Dialog mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie mit den Eltern, Kammern, Abgeordneten, Betrieben und an-

deren Fachleuten Bildungspolitik gestalten. Sie wolle insbesondere weiterhin regelmäßig Schulbesuche an allen Schularten machen. „Ich habe gesehen, was für eine gute pädagogische Arbeit an unseren Schulen geleistet wird. Während meiner Schulbesuche will ich weiter mit Expertinnen und Experten vor Ort diskutieren und mit ihnen Schule gestalten, nicht allein von meinem Schreibtisch aus“, sagte Ernst.

Qualitätsentwicklung an den Schulen

„Wie verbessern wir den Unterricht? Das ist für mich die Kernfrage unserer Schulpolitik“, sagte Bildungsministerin Ernst und stellte drei Punkte heraus: Wichtig seien länderübergreifende Standards der Kultusministernkonferenz (KMK) sowie die schleswig-holsteinischen Fachanforderungen für eine kompetenzbasierte Wissensvermittlung, die jetzt die Lehrpläne ersetzen. Die Fachanforderungen für die Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch und Nawi (Sek. I) lägen seit dem 1. Halbjahr 2014 vor, die für die Fächer Französisch, Spanisch, Latein, Musik, Kunst, Sport, Geographie und Weltkunde ab diesem Schuljahr.

Zudem sei die Qualitätsentwicklung und -sicherung von Unterricht und Schule eine zentrale Kernaufgabe von Schulleitungen und Lehrkräften. Und die dritte Säule sei die Überprüfung der Ergebnisse von Unterricht und Schule. Dafür gebe es bereits gute Instrumente, aber in Schleswig-Holstein fehle eine Überprüfung von außen. „Schleswig-Holstein ist das einzige Bundesland, in dem keine externe Evaluation der Schulen mehr stattfindet, nachdem das alte Verfahren 2009 abgeschafft worden ist“, sagte Ernst und kündigte an, dass den Schulen im Februar 2016 ein Angebot zur externen Evaluierung auf freiwilliger Basis gemacht werde. Was für die einzelne Schule gelte, sei auch für die Schullandschaft insgesamt richtig, ergänzte die Ministerin. Daher werde das Ministerium für Schule und Berufsbildung in Zukunft alle zwei Jahre einen Bildungsbericht vorlegen. Der erste Bericht soll 2016 veröffentlicht werden.

Von der Schule in den Beruf

„In Zukunft sollen Jugendliche in Schleswig-Holstein beim Übergang von der Schule in das Berufsleben noch besser unterstützt werden“, sagte die Bildungsministerin. Daher habe sie in ihrem ersten Amtsjahr schnell die Weichen gestellt, um die Errichtung von Jugendberufsagenturen (JBA) mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 200.000 Euro für zwei Jahre zu unterstützen. Ministerin Ernst sagte, es gebe in allen Kreisen und kreisfreien Städten schon Modelle für eine gut funktionierende Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Übergang von der Schule in den Beruf. Diese Initiativen wolle sie weiterentwickeln und um den Partner Schule erweitern. „Die JBA ist die offene Tür in die Arbeitswelt, durch die wir die Jugendlichen gemeinsam hindurchführen wollen.“

Zu den Aufgaben der JBA gehört es unter anderem, die Jugendlichen beim Erreichen eines Schulabschlusses, bei der Berufsorientierung und -wahl aus einer Hand zu beraten, sie bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle und beim Übergang in ein erstes Beschäftigungsverhältnis zu unterstützen und einem Abbruch von Schul- oder Ausbildungsgängen vorzubeugen. Die Agenturen sollen den jungen Menschen an den Schulen ab dem achten Jahrgang als An-

sprechpartner zur Verfügung stehen mit dem Ziel, dass alle nach dem Verlassen der Schule ein konkretes Anschlussangebot haben. Dabei soll der Grundsatz „Ausbildung vor Maßnahme“ gelten. Im September werde das Bildungsministerium Bewilligungsentscheide übergeben. Das bereits bestehende Engagement in den Schulen selbst werde seit diesem Jahr mit einem Berufswahlsiegel unterstützt.

Inklusion: Die neue schulische Assistenz

Bildungsministerin Ernst sagte, das Inklusionskonzept werde - begleitet durch einen intensiven Dialog mit den Beteiligten - systematisch weiterentwickelt und umgesetzt. So habe sie den Dialogprozess zum Beispiel über die künftigen Aufgaben und die organisatorische Struktur von Förderzentren fortgesetzt. Konkret sei die Zahl der Planstellen von Lehrkräften für Sonderpädagogik bereits um 50 erhöht worden. Wichtigster Schritt auf dem Weg zur inklusiven Schule sei die Arbeitsaufnahme der schulischen Assistentinnen und Assistenten. Im neuen Schuljahr nähmen die ersten schulischen Assistenzkräfte an den Grundschulen des Landes ihre Arbeit auf und verstärkten die schon bestehenden multiprofessionellen Teams aus Lehrkräften, Sonderpädagogen und Schulsozialarbeitern. Das Land stelle jährlich 13,2 Millionen Euro für den Einsatz von schulischen Assistenzkräften zur Verfügung, erläuterte Ernst.

Lernen in der digitalen Gesellschaft

Die Bildungsministerin erinnerte in der Jahresbilanz auch an den ersten mit 200.000 Euro dotierten Wettbewerb des Ministeriums für Schule und Berufsbildung zum Thema „Lernen mit digitalen Medien“, den sie initiiert hatte. Zwölf Schulen seien ausgezeichnet worden und nunmehr Modellschulen, von deren digitaler Arbeit andere Schulen im Rahmen eines Netzwerkes profitieren könnten. „Die digitale Zukunft hat längst begonnen - Schule muss da mithalten“, sagte Ernst zu diesem Schwerpunkt ihrer Arbeit. „Wir müssen junge Menschen auf die Veränderungen in einer zunehmend digitalen Gesellschaft vorbereiten.“

Das „Lernen in einer digitalen Welt“ war auch Thema einer großen Fachtagung, zu der das Bildungsministerium im Juni eingeladen hatte. Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte hatten dabei Gelegenheit, über die unterschiedlichen Aspekte des Themas mit Experten - zum Beispiel mit dem bekannten Blogger und Digital-Experten Nico Lumma - zu diskutieren.

Erhalt kleiner Grundschulstandorte

„Kleine Außenstellen von Grundschulen im ländlichen Raum können erhalten bleiben. Die bislang dafür maßgebliche Grenze von 44 Schülerinnen und Schülern wurde auf 27 abgesenkt“, erinnerte Britta Ernst an ihre Weichenstellung im ersten Amtsjahr, weil der ländliche Raum zunehmend unter einer ungünstigen demografischen Entwicklung leide. Diese Änderung sei als „große Erleichterung“ aufgenommen worden, sagte die Ministerin. Zwar könne man nicht jede kleine und „Kleinstschule“ über den demografischen Wandel retten, aber man könne und müsse noch mehr als bisher miteinander nach Spielräumen und Kompromissen suchen. Die Senkung der Grenzen für kleine Standorte könne allerdings dazu führen, dass alle Kinder von Jahrgangsstufe 1-4 in sämtlichen Fächern jahrgangsübergreifend unterrichtet würden.

Mehr Planstellen für schnellen Spracherwerb der Flüchtlingskinder

Aktuell stelle die steigende Zahl von Flüchtlingskindern den Bildungsbereich vor Herausforderungen, sagte Ministerin Ernst. Teilweise traumatische Lebenserfahrungen und die mitgebrachten schulischen Vorkenntnisse der Kinder und Jugendlichen seien sehr unterschiedlich. Für alle aber sei das möglichst schnelle Lernen der deutschen Sprache Grundvoraussetzung für Integration und schulischen Erfolg. Daher habe sie zusätzliche Lehrerplanstellen bereitgestellt, damit die jungen Menschen schon in der Erstaufnahmestelle ein schulisches Angebot erhielten. „Danach sichert das in Schleswig-Holstein flächendeckend etablierte DaZ-System - Deutsch als Zweitsprache - eine fundierte Sprachförderung für alle Kinder und Jugendlichen“, sagte Ernst und erläuterte, dass auch die DaZ-Zentren bereits im Winter durch 125 zusätzliche Lehrerstellen verstärkt worden seien: Heute stünden in den landesweit gut 100 Zentren der allgemein bildenden Schulen Lehrkräfte im Umfang von 350 Planstellen zur Verfügung. Im abgelaufenen Schuljahr sei es zudem mit großem Engagement an den Regionalen Bildungszentren (RBZ) und an den Berufsschulen gelungen, Angebote zur beruflichen Orientierung für 1.200 junge Flüchtlinge mit zusätzlichen Landesmitteln in neuen DaZ-Klassen zu schaffen. Zudem habe die Landesregierung 1,5 Millionen Euro für Sprachförderungs-Projekte bereitgestellt.

Berufliche Bildung neu denken

Die Zukunft der Beruflichen Bildung und die Frage, ob es in Schleswig-Holstein ein Institut für Berufliche Bildung brauche, waren Themen einer Fachkonferenz, zu der die Bildungsministerin im April eingeladen hatte. „Wir müssen die Qualität der beruflichen Bildung dauerhaft sichern“, sagte Ernst und betonte, es sei nicht akzeptabel, dass die Zahl der in Übergangssystem verharrenden Jugendlichen im Land seit 2005 lediglich um 6 Prozent zurückgegangen sei. „Wir haben Handlungsbedarf und wir wollen gute Qualität. Also müssen wir auch über die beste Struktur sprechen“, beschrieb sie Zukunftsaufgabe und Grund für die Fortsetzung des Dialogs. Dieser soll auf der Basis eines noch zu vergebenden Gutachtens geführt werden.

Das neue Kompetenzeugnis und der Entwicklungsbericht

Prof. Jens Möller von der Kieler Universität hat im ersten Amtsjahr von Ministerin Ernst den Entwicklungsbericht für Grundschülerinnen und -schüler, den diese im ersten Halbjahr des vierten Jahrgangs bekommen, untersucht und Verbesserungen vorgeschlagen. Er bildet die Grundlage für das verbindliche Gespräch der Schule mit den Eltern über den Übergang zur weiterführenden Schule. Danach habe es nahe gelegen, auf dieser Basis auch die Kompetenzeugnisse zu entwickeln, die in den ersten beiden Jahren gegeben werden sollen und in den Jahrgängen drei und vier die Alternative zu Notenzeugnissen darstellen. Das entspricht auch einem Antrag des Landtages.

Ministerin Ernst hat im Juli 2015 Formulare für den überarbeiteten Entwicklungsbericht an Grundschulen sowie Kompetenzeugnisse vorgelegt. Die Zeugnisse sollen in den kommenden drei Jahren an den Grundschulen verbindlich werden, die sich gegen Noten im dritten und vierten Jahrgang entschieden haben. „Wir sind mit der Wahlfreiheit seit dem Schuljahr 2014/15 auf

dem richtigen Weg“, sagte die Ministerin. Damit könnten sich Grundschulen nun auch im 4. Jahrgang zwischen Noten- und Kompetenz-Zeugnissen entscheiden, erläuterte sie. Im 1. und 2. Jahrgang gibt es schon lange keine Noten mehr, im 3. Jahrgang konnten sich die Schulen bereits zwischen Noten und Kompetenz-Zeugnissen entscheiden. Jetzt haben wir auch für die differenziertere Leistungsbewertung ohne Noten einen Standard entwickelt.

Neue Lehrerbesoldung

Im ersten Amtsjahr hat Ernst auch ihre Vorstellungen für ein neues Lehrkräftebesoldungsgesetz vorgestellt: „Alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen bekommen zukünftig in Schleswig-Holstein A13. Sie tun das Gleiche, und sie bekommen das Gleiche.“ Kernpunkten sind: Alle neuen Lehrkräfte an weiterführenden Schulen im Land werden in die Besoldungsgruppe A13 eingestuft, die früheren Grund- und Hauptschullehrkräfte sollen nach einer Fortbildung von A12 zu A13 wechseln können (dieser Prozess soll nach acht Jahren abgeschlossen sein) und Lehrkräfte für das Sekundarschullehramt sollen genauso besoldet werden wie Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen und wie die bisherigen Realschullehrkräfte. Damit verbessert sich die Besoldung für mehr als 2.000 Lehrkräfte. Diesen Weg gehe kein anderes Bundesland, sagte Ernst. Als vierten Punkt einer neuen Lehrkräftebesoldung nannte Ernst, dass Lehrerinnen und Lehrer mit zwei Sekundarstufe-II-Fächern wie die heutigen Gymnasiallehrerinnen und -lehrer eingestuft werden und eine Stellenzulage erhalten sollen. Die Besoldung der Grundschullehrkräfte sollen nicht angehoben werden.

Der Bildungsdialog lebt, der Dialog geht weiter

„Ich möchte mit allen, die sich für Schule engagieren, Schulpolitik gestalten. Ich mache nicht einsame Bildungspolitik an meinem Schreibtisch“, sagte Ernst. Bei mehr als 40 Schulbesuchen im ersten Amtsjahr in ganz Schleswig-Holstein und bei der deutschen Minderheit in Nord-schleswig habe sie viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer getroffen, mit ihnen gesprochen, sich pädagogische Konzepte erläutern lassen und auch viel praktischen Unterricht gesehen. „Ich bin beeindruckt und habe viel gelernt“, sagte die Ministerin. Vor allem wisse sie jetzt aus eigener Anschauung, dass es „verdammt gute Schulen und Lehrkräfte in diesem Land gibt“. Ernst sagte, sie wolle weiterhin regelmäßig Schulen besuchen.

Der Bildungsdialog habe ohnehin bei ihrer Arbeit hohe Priorität. Im ersten Jahr als Ministerin habe sie daher nicht nur mehr als 40 Schulen aller Schularten besucht, sondern auch zu vielen bildungspolitischen Veranstaltungen vom „Lernen in der digitalen Gesellschaft“ bis zu mehreren Regionalgesprächen zum Thema Inklusion und Förderzentren eingeladen. „Und so geht es auch weiter“, kündigte Ernst für die kommenden Jahre an.